

bildeten sich auch in der Ukraine und in Belarus unter dem Namen „Demokratischer Block“ sowie in einzelnen Großstädten.⁸⁸⁸ Aus den Klubs gingen in dieser Zeit die ersten Parteien hervor: Die „Christlich-Demokratische Union Russlands“ auf Initiative des Bürgerrechtlers Aleksandr Ogorodnikov; die „Partei der Konstitutionellen Demokraten“ auf der Basis der Gruppe „Bürgerliche Würde“; die „Sozial-demokratische Partei Russlands“, an deren Gründung vor allem der Klub „Demokratische Perestroika“ beteiligt war usw. Paradoxerweise unterschieden sich die neuen Gruppierungen in ihren Ideen und Zielsetzungen kaum voneinander und waren dennoch unfähig, eine einheitliche Opposition zu bilden.⁸⁸⁹

Das Spektrum politischer Vereinigungen und Bürgerrechtsgruppen weitete sich in der ganzen Sowjetunion aus, wobei gleichzeitig auch der national-konservative Block⁸⁹⁰ sich zu formieren begann und die Position des „Zentrums“ praktisch fehlte. Dabei ist es wichtig zu betonen, dass die Tätigkeit der alten und die Bildung neuer politischer Organisationen und Parteien weiterhin im Widerspruch zur Unionsverfassung erfolgten und das bis März 1990 noch bestehende politische Monopol der KPdSU untergruben. Doch anders als früher legitimierten jetzt viele von diesen gesellschaftlichen Initiativen ihre Tätigkeit mit dem Schlussdokument des KSZE-Treffens in Wien, das Moskau unter dem Eindruck der innenpolitischen Entwicklungen im Januar 1989 unterzeichnete.

7. Zwischenfazit

Es ist schwierig zu bestimmen, inwiefern der im Zeichen des „Neuen Denkens“ vollzogene Strategiewechsel der Sowjetunion auf dem KSZE-Folgetreffen in Wien den innenpolitischen Demokratisierungsprozess bestimmte, war er doch selbst in erster Linie das Produkt der begonnenen Perestroika. Doch ist es offensichtlich, dass die zentralen Ideen der KSZE-Schlussakte dem Konzept des „Neuen Denkens“ und der Perestroika zugrunde lagen, während der in Wien erhobene Anspruch der Sowjetunion auf die moralische Äquivalenz mit den westlichen Demokratien und der Demokratisierungsdruck der westlichen KSZE-Staaten zu den effektiven Triebkräften der innersowjetischen Liberalisierungsmaßnahmen und ihrer konsequenten Fortsetzung bzw. Vertiefung wurden. Die Freigabe einzelner Freiheiten war somit von mehreren interdependenten Zwängen diktiert. In erster Linie dienten sie der Optimierung des bestehenden Systems und standen im Dienste der Wirtschaftsreformen; zugleich entbehrten sie nicht einer moralischen bzw. visionären Komponente und waren – die eine Maßnahme mehr (Emigrati-

⁸⁸⁸ Vgl. Duncan, Peter J.S.: The Rebirth of Politics in Russia, in: Hosking/Aves/Duncan, The Road to Post-Communism, S. 67–120, hier S. 81.

⁸⁸⁹ Vgl. Simon, Verfall, S. 97f.

⁸⁹⁰ Zu den verschiedenen Vereinigungen siehe folgende Überblicksdarstellungen: Duncan, The Rebirth of Politics; Tolz, Vera: The Emergence of a Multiparty System in the USSR, in: RL, Report, Vol. 2, Nr. 17, 1990, S. 5–11; Vochmenceva/Luchterhandt, Die Genesis, S. 75–94.

onspolitik) und die andere weniger (Glasnost) – Folge der westlichen Politik im Rahmen der KSZE. Wegen der Mannigfaltigkeit der Motive waren die Liberalisierungen inkonsequent und der Umgang des Machtapparates mit deren unmittelbaren innergesellschaftlichen Folgen äußerst widersprüchlich. So strebte Gorbachev zwar eine gesellschaftspolitische Umgestaltung durch Aktivierung der Gesellschaft und eine liberalere Informationspolitik an; diese sollten jedoch nicht die Systemgrundsätze berühren und wurden stets durch die Omnipräsenz des Parteiapparates eingedämmt. Die politisch aktiven informellen Gruppen des nicht sozialistischen Profils, ihre Printmedien und öffentlichen Veranstaltungen stellten deshalb für den Parteiapparat eine negative Erscheinung dar. Dessen ungeachtet entwickelte die einmal begonnene Perestroika eine Eigendynamik und die Reformen gewannen eine neue Qualität. Ende 1987 erkannte Gorbachev die Notwendigkeit der Demokratisierung der Partei, die er durch eine verstärkte Rolle der Sowjets und eine Reform des Wahlsystems herbeiführen wollte. Das Schwergewicht der Reformen verlagerte sich deshalb immer mehr von den ökonomischen auf die politischen. Doch auch die auf der XIX. Parteikonferenz beschlossene Verlagerung der Macht auf die gewählten Sowjets und ihre Exekutivorgane stand im Dienste der Machterhaltung der KPdSU. In der sehr kurzen Zeitspanne hatten aber die einzelnen Reformschritte die innenpolitische Lage der UdSSR so grundlegend verändert, dass sie Anfang 1989 nur noch dem Namen nach ein sowjetischer Einparteienstaat war. Mit den ersten halbfreien Wahlen zum Volksdeputiertenkongress und dem ersten öffentlichen Kongress wurden die politische und die ökonomische Krise des Sowjetsystems, der Verlust der Werte und das Ende von der Parteieinheit manifest. Zudem unterschätzte Gorbachev die Brisanz der Nationalitätenfrage, sodass es bereits 1988 zu Auflösungserscheinungen innerhalb der Sowjetunion kam, die eine zentrifugale Kraft, auch jenseits der Grenzen der Sowjetunion,⁸⁹¹ entwickelten.

Das Spektrum der gesellschaftlichen Tätigkeit war indes nicht nur über die traditionellen Staatsstrukturen (Komsomol, Gewerkschaften) schnell hinausgewachsen, sondern stellte das System und seine Hauptprinzipien programmatisch in Frage. Obgleich sich noch viele informelle Gruppen der KPdSU loyal zeigten, waren ihre öffentlichen Aktivitäten, freisinnige Ideen und Forderungen alles andere als systemkonform und -revitalisierend. Im Jahr 1988 wurden an die 30 000 informelle Gruppen (1989 bereits 60 000!), über 250 unabhängige Samizdat-Periodika und 644 nicht sanktionierte Demonstrationen unionsweit gezählt. Für ein Land mit fast 300 Mio. Einwohnern, davon allein fast 9 Mio. in Moskau,⁸⁹² handelte es sich zwar um eine sehr begrenzte Öffentlichkeit, doch war ihre Wirkung auf die Gesellschaft und Politik sowie das Tempo der Ausweitung ihres kritischen Teils

⁸⁹¹ Zu den Entwicklungen in Ostmittel- und Südosteuropa siehe Altrichter, Russland, S. 334–383; Dalos, György: Der Vorhang geht auf. Das Ende der Diktaturen in Osteuropa, Bonn 2009.

⁸⁹² Vgl. Naselenie SSSR 1988. Statističeskij ežegodnik. Gosudarstvennyj komitet SSSR po statistike. Moskau 1989, S. 3, 34.

nicht zu unterschätzen, was die Wahlen in den Volksdeputiertenkongress ja demonstrierten. Weil die informellen Initiativen sich der Beherrschung durch die Partei verweigerten und sich stattdessen an die freiheitlichen Werte, deren Eingang sie in den öffentlichen Diskurs forcierten, anlehnten und im Widerspruch zur sowjetischen Gesetzgebung agierten, schafften sie es, die öffentliche Kommunikationssphäre der Parteikontrolle zu entziehen und bedrängten den Machtapparat. Und dies umso mehr, da die vielen neuen Initiativen offen nach tiefgreifenden politischen Reformen, nach der Zulassung von Fraktionen in der Partei, nach Diskussionen über ein Mehrparteiensystem, nach allgemeinen demokratischen Rechten, nach einer uneingeschränkten Vereinigungs-, Versammlungs-, Presse-, Gewissens- und Ausreisefreiheit sowie nach Souveränität der Unionsrepubliken, also nach realen politischen Reformen verlangten und im Grunde genommen die Transformation des politischen Systems implizierten. Verstärkt wurden indes ihre politischen Forderungen dadurch, dass sie mit denen der westlichen KSZE-Teilnehmerstaaten an Moskau korrespondierten. Politische Ideen, die früher nur in der „Küche“ oder im Samizdat unter dem Risiko einer Lagerhaft aufzufinden waren, wurden von diesen Gruppen in die offiziell-öffentliche Sphäre hineingetragen, um schon 1989 von Teilen der staatlichen Akteure – die Auseinandersetzungen des ersten öffentlichen Kongresses zeigten dies in aller Deutlichkeit – übernommen zu werden. Im Baltikum gelang es den noch vor kurzem unterdrückten Initiativen sogar, die Definitionsmacht über Diskurse zu übernehmen und die lokalen Strukturen für ihre Forderungen zu gewinnen. Die wichtigste Bedeutung der Informellen für die Perestroika bestand somit darin, dass sie durch ihre Aktivitäten die Defizite der menschenrechtlichen und politischen Freiheiten in der Sowjetunion täglich und zuweilen unbewusst zum Gegenstand der Öffentlichkeit erhoben und damit das gesellschaftliche Protestpotenzial, das sich erstmals sichtbar bei den Wahlen 1989 gegen die Partei entlud, akkumulierten. Vor allem die geschilderten Beispiele der informellen Presse haben gezeigt, dass die von diesen Gruppen erschaffene informelle Öffentlichkeit den freiheitlichen Prinzipien folgte bzw. sie wirksam propagierte und die Grenze zwischen der „offiziell-öffentlichen“ und der „privat-öffentlichen“ Sphäre verwischte.

Von welcher Bedeutung war der KSZE-Prozess für diese Entwicklungen? Die multilaterale Diplomatie war natürlich nicht die eigentliche Ursache für Gorbachevs Reformen, von deren Notwendigkeit er ohnehin überzeugt war. Der vom KSZE-Prozess ausgehende Demokratisierungsdruck schärfte aber sein Problembewusstsein. Im zweiten Teil der Arbeit wurde festgestellt, dass von entscheidender Bedeutung dabei die „rhetorische Wende“ Moskaus auf dem KSZE-Treffen in Wien war, nämlich die Akzeptanz der an sie gerichteten Kritik bei gleichzeitigem Anspruch auf die gleichberechtigte Mitgliedschaft im „gemeinsamen europäischen Haus“ und auf die Organisation einer Menschenrechtskonferenz in Moskau. Je weiter sich aber der Kreml außen- und innenpolitisch auf den Menschenrechtsdiskurs einließ, umso mehr wurde er angehalten, sich seinem Selbstverständnis und den an Moskau gerichteten Anforderungen entsprechend zu verhalten, und das hieß, die Liberalisierungen einzuleiten – nicht zuletzt, weil die

Linkage-Politik der westlichen KSZE-Unterzeichnerstaaten den nicht nur moralisch, sondern auch materiell verwundbaren Gorbachev mit klaren Vorstellungen dazu aufforderte. Somit brachte zuerst der KSZE-Prozess die Problematik der Menschenrechte und politischer Freiheiten auf die politische Agenda der UdSSR überhaupt und veranlasste Gorbachev, Maßnahmen einzuleiten (das Ende des Radio-Jämmings, Änderung der Emigrationspolitik, Amnestierungen), welche ohne den multilateralen Kontext nur begrenzt denkbar und infolge von Widerständen der konservativen Institutionen schwer umsetzbar gewesen wären. Wie gezeigt, entwickelten jedoch die anfangs noch überwiegend taktischen und dem Erhalt des Systems dienenden kontrollierten Liberalisierungen eine Eigendynamik, die zur Mobilisierung der gesellschaftlichen Opposition, zur Verbreitung und zur Verankerung von Menschenrechtsnormen im innersowjetischen Diskurs bei gleichzeitiger Demontage der Sowjetideologie und zum Autoritätsverfall der KPdSU führten.

Die bisherige Untersuchung ergab, dass der gesellschaftliche Protest der Perestroika sich auch (un)mittelbar auf die KSZE und auf die Erfahrungen der früheren Helsinki-Gruppen stützte. Als ein direkter Antrieb für die Bildung, Politisierung und Tätigkeit informeller Gruppen waren die KSZE bzw. das Treffen in Wien bis 1989 jedoch von geringer Bedeutung. Vielmehr gaben dafür die einzelnen Liberalisierungsmaßnahmen von Gorbachev und die innenpolitischen Ereignisse Impulse: der 27. Parteitag der KPdSU 1986, die Katastrophe von Černobyl' im April des gleichen Jahres, die Rückkehr Sacharovs aus seiner Verbannung im Dezember 1986 und die darauf folgende Freilassung anderer politischer Gefangener, die Proklamation der Demokratisierung zum höchsten Ziel des Landes auf dem ZK-Plenum im Januar 1987, die Absetzung El'cins von seinem Amt als Moskauer Parteichef im November 1987, die XIX. Parteikonferenz im Juni 1988 oder die ersten halbfreien Wahlen zum Volksdeputiertenkongress. Gleichwohl wurden unter dem Eindruck der Menschenrechtsoffensive des Kremls in Wien einzelne Bürgerrechtsgruppen und Initiativen, wie der Presseklub „Glasnost“ oder das unabhängige Internationale Seminar für Menschenrechte im Dezember 1987, ins Leben gerufen, welche wiederum die Bildung der parteiloyalen Menschenrechtsgruppe um Fedor Burlackij, die Öffnung des Kremls gegenüber den transnationalen Helsinki-Netzwerken, den ideologiefreien internationalen Menschenrechtsdialog und den Wertewandel eines Teils der politischen Elite nach sich zogen.

In diesem Zusammenhang ist die Bedeutung der KSZE und ihrer Prinzipien als eine, die Lösungen von Gorbachev ergänzende legitimierende Grundlage für die Vielzahl informeller Gruppen und ihrer Forderungen sowie ihre Funktion als eine Appellinstanz hervorzuheben. Auffallend ist, dass viele informelle Gruppen von den Prinzipien der KSZE-Akte in ihren Erklärungen und Programmen in- und direkt Gebrauch machten und die Anpassung der sowjetischen Gesetzgebung an die internationalen Normen auch dann einforderten, wenn sie sich von den Helsinki-Gruppen und ihren Protagonisten bewusst distanzieren (so z. B. „Bürgerliche Würde“). Darüber hinaus lässt sich in diesem Zusammenhang eine gewisse Kontinuität der informellen Gruppen der Perestroika zur früheren Helsin-

ki-Bewegung feststellen: in der personellen Zusammensetzung der Gruppen, ihrer (wenn auch deutlich erweiterten) Programmatik, der Vorgehensweise und den Methoden. So wurden zum Beispiel die führenden unabhängigen Presseorgane von den „Veteranen“ der Helsinki-Bewegung herausgegeben und inhaltlich beeinflusst. Die *bewusste* Inanspruchnahme der Geltung von KSZE-Bestimmungen, die Instrumentalisierung der sowjetischen Menschenrechtsoffensive auf dem KSZE-Treffen in Wien und die Rezeption der KSZE als eine Appellinstanz ließ sich bei vielen langzeitabgelehnten Ausreisewilligen, bei den Bürgerrechts- und nationalen Vereinigungen im Baltikum und sogar bei einzelnen Sowjetbürgern feststellen. Sie wandten sich an die KSZE-Teilnehmerstaaten mit persönlichen Anliegen, mit Dokumentationen von anhaltenden Menschenrechtsverletzungen in der UdSSR und Appellen, die veränderte Rhetorik des Kremls beim Wort zu nehmen. Die eigene Regierung forderten sie auf, die politische Praxis dem deklaratorischen Anspruch anzupassen. Indem es solchen Gruppen und Personen gelang, sich Gehör bei den westlichen Staaten zu verschaffen, das Wiener Treffen als Forum zu nutzen sowie über KSZE-Netzwerke ihre Forderungen an die eigene Regierung zu kommunizieren, wurde Gorbachev einem doppelten Demokratisierungsdruck ausgesetzt: „von unten“ durch die informelle Öffentlichkeit und „von außen“ durch die KSZE.

Eine andere essenzielle Bedeutung der KSZE bestand darin, dass sie und die transnationalen Helsinki-Netzwerke auf das innenpolitische Kräfteverhältnis zwischen dem Parteistaat und der Gesellschaft zugunsten der Letzteren einwirkten. Dadurch, dass der Westen sich das Interesse der Sowjetunion an wirtschaftlicher Zusammenarbeit, an Rüstungskontrolle im Rahmen der KSZE und an einer internationalen Anerkennung zunutze machte und das Entgegenkommen in diesen Fragen an die Einhaltung der Menschenrechtsverpflichtungen knüpfte, hinderte er die sowjetischen Machtorgane daran, repressiv gegen das nonkonforme Verhalten der Gesellschaft vorzugehen, schützte insbesondere die Aktivisten aus dem Umkreis der Rechtsschutzbewegung und erweiterte damit die Handlungsspielräume der unabhängigen Gruppen.⁸⁹³ Die Lösung zahlreicher Einzelfälle von Menschenrechtsverletzungen im Rahmen der KSZE ermunterte außerdem einen Teil der Gesellschaft, ihre Aktivitäten fortzusetzen bzw. sie zu intensivieren.

Das Beispiel der baltischen Länder zeigte darüber hinaus, dass die KSZE für die Gesellschaften des Ostens die Gelegenheit bot, einen starken moralischen Druck auch auf den Westen auszuüben. Außer dass die baltischen Staaten im Kampf um ihre nationale Unabhängigkeit die zentralen Prinzipien der Schlussakte für sich in Anspruch nahmen, versuchten sie, die internationale Anerkennung ihrer Eigenstaatlichkeit über die KSZE herbeizuführen: Indem sie sich als souveräne Staaten um eine Teilnahme am KSZE-Prozess bewarben und indem sie die KSZE-Signatarstaaten aufforderten, die Auseinandersetzungen zwischen Moskau und dem Baltikum auf die Agenda der multilateralen Diplomatie zu setzen und ihre Sezessionsbestrebungen durch entsprechende Rhetorik und Politik zu unterstützen.

⁸⁹³ Darauf wies bereits Rohde-Liebenau hin, vgl. Rohde-Liebenau, Menschenrechte, S. 146f.

Ironischerweise hatte sich nicht nur die Sowjetunion mit der Unterzeichnung der KSZE-Akte und der Fortsetzung des KSZE-Prozesses in eine „rhetorische Falle“ begeben, sondern auch die westlichen Demokratien, die entgegen ihrer realpolitischen und geostrategischen Interessen angehalten wurden, die Bestrebungen der baltischen Republiken nach Unabhängigkeit zu unterstützen. Eine solche, gerade im Fall der USA notgedrungene Unterstützung erwies sich für den weitgehend gewaltfreien Desintegrationsprozess der Sowjetunion als besonders relevant.

Als weiterer wichtiger Zwischenbefund ist festzuhalten, dass der KSZE-Prozess nicht nur die Liberalisierung und die Politisierung der Gesellschaft in der Sowjetunion sowie das gewaltfreie Zusammenwirken der staatlichen mit der gesellschaftlichen Ebene absicherte, sondern dass als Folge dieser Interaktionen auch die Veränderungen im Wertesystem eines Teils der politischen Elite und der Gesellschaft und somit der politisch-gesellschaftliche Strukturwandel in der Sowjetunion forciert wurde. Die vielen unabhängigen Gruppen und neuen Freiheiten, die öffentlichen Versammlungen und Demonstrationen, die wachsende Pressefreiheit, der Pluralismus politischer Meinungen und der bröckelnde Konsens der Perestroika-Mannschaft, die Intensivierung des Menschenrechts-Dialogs mit dem Westen konnten nicht spurlos an dem Bewusstsein der Menschen und der politischen Führung vorübergehen. Sie zerstörten die alten Wertevorstellungen und Dogmen. An Popularität gewannen hingegen die Menschenrechtsideen, die zum festen Bestandteil des öffentlichen Diskurses, zu einer konsensualen Basis der Reformer und nach dem ersten Volksdeputiertenkongress 1989 sogar zu den präskriptiven Normen wurden. Deren Gültigkeit, vor vier Jahren noch geleugnet, wurde nun in der Öffentlichkeit nicht mehr in Frage gestellt. Die geschilderten Entwicklungen dürfen dennoch nicht als eine antikommunistische Revolution missinterpretiert werden.⁸⁹⁴ Wie uns die Geschichte des postkommunistischen Russlands lehrt und Bevölkerungsumfragen illustrieren⁸⁹⁵, handelte es sich dabei nicht um eine Auflehnung der Bevölkerung von hoher demokratischer politischer Kultur gegen das bestehende Regime, sondern vielmehr um Proteste gegen die offensichtlichen Widersprüchlichkeiten zwischen Gorbatschows Ankündigungen von Demokratie und den realen politischen Verhältnissen bzw. gegen den Parteiapparat, der die Liberalisierung mit administrativen Maßnahmen in Grenzen zu halten versuchte und darüber hinaus versäumte, die sozioökonomische Krise im Land in den Griff zu bekommen. Seine reaktionären Umgangsformen mit den Kritikern in den eigenen Reihen (El'cin) und mit der politisierten Gesellschaft,

⁸⁹⁴ Vor einem solchen Missverständnis der Perestroika warnt Peter Reddaway. Die Hintergründe für den Untergang der KPdSU und somit den Zerfall der Sowjetunion sieht er weniger in antikommunistischen Stimmungen als vielmehr in der steigenden Unzufriedenheit der Massen mit der Leistung des Parteistaates, welche jedoch in Anti-Establishment-Stimmungen umschlug. Reddaway, *How Much*.

⁸⁹⁵ Gemeint ist die zuletzt zitierte Oberflächlichkeit der liberalen Überzeugungen bei der gleichzeitig hohen Konjunktur der westlich-liberalen Ideen in der Sowjetbevölkerung Ende der 1980er Jahren sowie die Umfrageergebnisse aus den 1990er Jahren, auf welche in dem Ausblick-Kapitel noch ausführlich einzugehen sein wird.

seine Weigerung, auf die bestehenden Privilegien zu verzichten, schürten die Anti-Nomenklatura-Emotionen im Volk, welche ab 1989 jedoch immer mehr in antikommunistische und in nationale Stimmungen transformiert wurden. Die liberalen Ideen füllten das dabei entstehende ideologische Vakuum aus – viel zu schnell, getragen und verbreitet durch die vielen informellen Gruppen, ohne jedoch von der Masse der Gesellschaft wirklich internalisiert zu werden. Je größer die innerparteiliche Fronde und die Gefahr des Abbruchs der Perestroika wurden, umso mehr wurden diese Ideen in populistischen Verheißungen „missbraucht“ und umso stärker lehnten sich die Reformer an das Wertesystem der demokratischen Ordnungen an. Ihre innenpolitische Stellung suchten die Letztgenannten bei den westlichen Partnern und in dem fortgesetzten KSZE-Prozess abzusichern. Ein solcher Paradigmenwechsel war ab Mitte 1988 in Wien und nach dem erfolgreichen Abschluss des KSZE-Treffens 1989 gesteigert in Moskau zu beobachten.

